

Sozialistische Gewerkschaftsarbeit und „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ – Probleme und Perspektiven sozialistischer Gewerkschaftsarbeit und ihre organisatorische Scheinlösung in der RGO

Autorenkollektiv *

Aktuelle Vorbemerkung

Wenn dieser Aufsatz im Druck erscheint, mag die hier kritisierte Gruppe um die KPD/AO bereits verboten sein. Eine solche Kritik gerät dann leicht in die Situation, als willkürliche oder unbewußte Unterstützung der Aktionen des Staatsapparats mißdeutet zu werden. Wir meinen, daß mit der gegenwärtig laufenden Kampagne gegen die KPD/AO die gesamte Linke getroffen werden soll (was sich unschwer an der Erweiterung des staatlichen Maßnahmenkatalogs und der versuchten Einschüchterung sozialistisch orientierter Gruppen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften zeigen ließe). Die in der gemeinsamen Abwehr der Aktion des Staatsapparats gegen die Linke in der BRD notwendige Solidarität kann für uns aber nicht bedeuten, daß die inhaltliche Auseinandersetzung mit den betroffenen Gruppen nicht geführt wird. Die nachfolgende kritische Auseinandersetzung mit der Taktik der KPD/AO-Gruppe, des Aufbaus einer „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“, soll auf dem Hintergrund einer Einschätzung der historischen und aktuellen Probleme der Gewerkschaftsarbeit exemplarisch die Gefahren aufzeigen, die darin liegen, daß für die vorgestellten und tatsächlichen Fragen sozialistischer Gewerkschaftsarbeit losgelöst von ihren gesellschaftlichen Bedingungen vorschnell organisatorische Lösungen angeboten werden bzw. überhaupt die Arbeit sozialistischer Arbeiterkader in den Gewerkschaften auf ein Organisationsproblem reduziert wird.

1. Antiautoritäre Intellektuellenbewegung und spontane Kämpfe der Arbeiter

Mit der radikalen Infragestellung der kapitalistischen Verhältnisse durch die antiautoritäre Bewegung fand diese Opposition, die zunächst im wesentlichen von Intellektuellen getragen wurde, Einfluß bei einzelnen Arbeitern (insbes. Lehrlingen), die mit den Aktionen sympathisierten oder sogar daran teilnahmen. Allerdings zeigte es sich bald, daß es dieser Bewegung nicht möglich war, die konkreten Kämpfe der Arbeiter in den Betrieben zu unterstützen. Die Ignorierung dieser Kämpfe mußte daher diese Bewegung von den Arbeiterinteressen wieder entfremden. Nicht die aktuellen Ziele und Kämpfe der Arbeiter bestimmten diese Opposition, ihre Ideologie war nicht Ausdruck der Klassenkämpfe, sondern eine „Moral“ außerhalb und über diese Kämpfe. Sie knüpfte nicht an den in den Kämpfen der Arbeiter zum Ausdruck kommenden Tendenzen an, sondern verfestigte sich zu einer moralischen Weltanschauung, die in ihrer Hilflosigkeit der realen Bewegung der Arbeiter gegen-

* Elmar Altwater, Gerd Armanski, Hajo Funke, Siegfried Heimann, Jürgen Hoffmann, Christel Neuß, Bernd Rabehl

über Partei- und Revolutionsrezepten anhing und damit die Isolation der Intellektuellen von der Arbeiterschaft verstärkte. Zusammengehalten durch eine unmittelbare Bewegung von Aktionen und durch die individuellen Befreiungsversuche mußte diese Bewegung dann wieder in ihre einzelnen Bestandteile zerfallen, wenn es darauf ankam, den Kampf langfristig zu führen und an den spontanen Kämpfen der Arbeiter zu orientieren. Diese Form der Zersetzung war angelegt in der spontanen Herausbildung dieser Opposition.

Über die Heroisierung der chinesischen Kulturrevolution, deren Charakter primär als antiautoritäres Mittel gesehen wurde, „Bürokratismus“, „Revisionismus“ und „Opportunismus“ zu beseitigen, fanden die Ideen des Maoismus Einfluß in dieser Opposition. Über den Maoismus, der in schneller Folge die Verbindung zum traditionellen Stalinismus herstellte (der lediglich durch die Verknüpfung mit der chinesischen Politik eine revolutionäre Tünche erhielt), wurde das Problem der langfristigen Kooperation zwischen sozialistischer Intelligenz und der spontanen Arbeiterbewegung auf ein Organisationsproblem verkürzt. Die antikapitalistische Intelligenz verstieg sich in Teilen in die Einbildung, daß sie die revolutionäre Arbeiterbewegung schafft, wenn sie es nur versteht, sich in „richtiger“ Weise zu organisieren und von der vorherrschenden Politik abzugrenzen: Indem man sich zur Geschichte der KPD bekannte, glaubte man, deren Tradition auch fortzusetzen, daß die eigene Gruppierung diese auch repräsentiere. Politisch aktuelle Kämpfe mußten von dieser Gruppierung (die sich dann auch flugs „KPD“ nannte und damit den Namen konkurrierenden Gruppierungen gegenüber vereinnahmte) durch die Brille der KPD der 20er Jahre gesehen werden. Dieser bloße Analogieschluß verschleierte die tatsächliche Abwendung von den realen Bedingungen des sozialistischen Kampfes in der BRD und verhinderte von Anfang an die Erarbeitung des wissenschaftlichen Sozialismus, die Erstellung einer konkreten Klassenanalyse Westdeutschlands und einer darauf aufbauenden Taktikbestimmung durch diese Gruppierung.

Eine hierarchisch strukturierte, Gehorsamspflicht erheischende und auf ein naives Freund-Feind-Bild aufbauende Partei versprach historische Identität und unmittelbare Vermittlung von persönlicher Existenz und revolutionärer Mission. Damit war die Parteibildung (von) den aktuellen Bedingungen des Kampfes der Arbeiter enthoben; folgerichtig mußte die Organisation ihre Legitimität (vor der Arbeiterklasse) durch ihre Aktionen beweisen. In der Selbstüberschätzung, das Rezept oder die „Generallinie“ der Revolution zu verkörpern und in der abstrakten Verneinung des „Sozialdemokratismus“, „DKP-Revisionismus“ und des „Linksradikalismus“ steht eine solche Gruppe als Partei immer unter dem Zwang, auf die Politik anderer Gruppen zu reagieren und durch spektakuläre Aktionen ihren Führungsanspruch zu beweisen.

Die spontanen Streiks der Arbeiter, die Opposition der Arbeiter gegen die Kompromißbereitschaft der Gewerkschaftsführung können nicht unmittelbar auf die KPD/AO einwirken und ihre Vorstellungen bzw. ihre Taktik verändern, weil sie in den Betrieben keinen oder nur geringen Einfluß hat, vielmehr in abstrakter Reaktion auf die Gewerkschaftspolitik und die Haltung der DKP zu den Streiks der Arbeiter auf diese Einfluß zu nehmen versucht. Die Tendenzen der spontanen

Streiks wurden vielmehr kurzerhand als Analogie zur RGO-Politik der KPD in der Weimarer Republik begriffen und damit der Emanzipationskampf der Arbeiter auf ein Organisationsproblem verengt.

2. Zur Politik der RGO in der Weimarer Republik

Eine Partei wie die KPD/AO, die sich als Partei der Arbeiterklasse ausgibt, ohne es zu sein, braucht den Griff in die Geschichte, um durch den Hauch von Tradition zumindest die eigenen Anhänger von der Bedeutung der Organisation zu überzeugen. Der Blick zurück fällt dabei allerdings nicht willkürlich auf irgendwelche Tendenzen in der Geschichte der Arbeiterbewegung, als deren Fortsetzer und Vollender man sich versteht. Bewußt ausgewählt werden solche Tendenzen, die den durch die Unbedeutendheit der Organisation erzwungenen Organisationsfetischismus erleichtern und fördern helfen. Die Rückbesinnung der KPD/AO auf die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO), d. h. auf die Theorie und Praxis der Gewerkschaftsarbeit der KPD in der Weimarer Republik in einer bestimmten Phase, stellt einen solchen Griff in die Geschichte dar. Er erlaubt dieser Partei ein weiteres Mal, sich als in der Tradition der KPD stehend zu begreifen und er ermöglicht es ihr, bestimmte praktizierte Organisationsformen besonders zu betonen. Allerdings ist die Wiederbelebung einer RGO-Politik nicht allein ein voluntaristischer Akt der Parteiführung, sondern zweifellos auch Folge des seit mehreren Jahren erkennbaren Anwachsens der gewerkschaftlichen Diskussion in der BRD (darauf wird noch unter Punkt 4 eingegangen werden).

Die RGO in der Weimarer Republik muß im Zusammenhang mit der seit Bestehen der Gewerkschaften existierenden sozialistischen Bewegung in den Gewerkschaften gesehen werden. In den Gewerkschaften des 19. und (verstärkt) des 20. Jahrhunderts überwog die Tendenz, sich auf den Lohnkampf allein zu beschränken. Sie war meist (bei den Gewerkschaftsführern bzw. bestimmenden Gruppierungen in den Gewerkschaften) mit der Vorstellung verbunden, daß ein beständiger Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse bereits im bestehenden kapitalistischen System zu einem Ende der Ausbeutung führen könne.

Die Sozialisten in den Gewerkschaften knüpften in ihrer Taktik (ausgehend von der Situation und dem Bewußtsein der Arbeiter) an den ökonomischen Kämpfen der Arbeiter an, in denen nicht nur der notwendige Kampf gegen die in der kapitalistischen Produktionsweise stets gefährdete materielle Lage der Arbeiter gesehen wurde, sondern auch die politischen Potenzen dieses Kampfes: Denn die Kämpfe innerhalb des Lohnsystems stehen immer gleichzeitig auch im Gegensatz zum Kapital und die Entfaltung und Verallgemeinerung dieser Kämpfe durch die Gewerkschaften bringen auch erst die „doppelte“ Aufgabe der Gewerkschaften hervor; nämlich neben ihrem „Kleinkrieg“ gegen das Kapital zugleich über die Zusammenfassung und Schulung der Arbeiter „eine umfassende Bewegung ins Werk zu

setzen, zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse“ (1). Insofern aber in Phasen der Entwicklung der Klassenkämpfe das historisch verfestigte Selbstverständnis der Gewerkschaften als Organisationen den Klassenkämpfen selbst entgegensteht, kommt es zu der Fehleinschätzung, die reformistischen Gewerkschaften zu zerschlagen und selbständige Organisationen zu schaffen. In der reinen Form des Syndikalismus fand diese Vorstellung im Deutschland der Weimarer Republik nur wenig Anklang. Verbreiteter war auf der anderen Seite eine Form der Opposition gerade auch in der Weimarer Republik, die theoretisch vorgab, eine marxistische Position zu vertreten, in der Praxis aber eine Politik betrieb, die nicht an den Bedürfnissen der Arbeiter in den Betrieben anknüpfte, sondern zur Spaltung der Arbeitersorganisationen und (im Ergebnis) auch der Arbeiterklasse führte. Die RGO-Politik der KPD in der Weimarer Republik stellte eine solche Form der Opposition dar. Es ist notwendig, diesen Zusammenhang zu verdeutlichen, um herauszustellen, daß die Kritik der RGO-Politik keine Ablehnung oder Kritik sozialistischer Gewerkschaftsarbeit überhaupt bedeutet.

Die Gewerkschaftsarbeit der KPD in der Weimarer Republik offenbart in ihren Schwankungen, daß die Partei in dem eben skizzierten Sinn richtige als auch (in ihrem Ergebnis folgenreiche) falsche Vorstellungen von der Arbeit in den Gewerkschaften praktizierte. Diese Schwankungen in der Gewerkschaftspolitik der KPD sind die Folge ihres schwankenden Kurses überhaupt. Bei der Gründung der KPD Anfang 1919 lehnte die Mehrheit der Mitglieder trotz gegenteiliger Auffassung der Parteiführung eine Mitgliedschaft und Tätigkeit in den reformistischen Gewerkschaften ab. Mit dem Austritt eines Teils der Mitglieder und der Gründung der KAPD und der Allgemeinen Arbeiterunion, in der die syndikalistischen Vorstellungen verwirklicht wurden, wurde dieser Weg in der KPD zunächst nicht mehr beschritten.

Bis Ende 1923 vertrat die KPD eine konsequente Einheitsfronttaktik. Die planmäßige Mitarbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften war von beträchtlichen Erfolgen begleitet. Die Zahl der kommunistischen Betriebsräte und der Delegierten auf den ADGB-Kongressen wuchs ständig. Im Metallarbeiterverband erhielten die Kommunisten im Jahre 1923 die Hälfte der Stimmen und stellten ein Drittel der Delegierten. Dennoch gab man sich auch zu jener Zeit nicht der Illusion hin, die Gewerkschaften schließlich bis zur Gewerkschaftsspitze in die Hand zu bekommen, zumal die Gewerkschaftsspitze die Gefährdung ihrer Position durch Ausschlüsse zu verhindern trachtete. Diese Ausschlüsse waren aber immer zum Schaden der Gewerkschaftsführung, da den Arbeitern leicht klarzumachen war, wer die Arbeiterklasse

1) Karl Marx, Lohn, Preis, Profit, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 16, Berlin (DDR) 1968, S. 152. Vgl. dazu auch Redaktionskollektiv Gewerkschaften. Thesen zur Gewerkschaftsanalyse, in: Probleme des Klassenkampfes Nr. 2/1972, S. 92: „Es ist . . . bei einer historischen Untersuchung der Gewerkschaften . . . zu fragen, inwieweit die historische Entwicklung der Klassenkampforganisationen der Arbeiter den Klassenkämpfen entgegensteht oder wie umgekehrt das historisch verfestigte Selbstverständnis der Gewerkschaften nicht auch durch die *reale Bewegung* des Kapitals und – darin einbezogen – die spontanen Kämpfe der Arbeiter überwunden werden kann und die Gewerkschaften so wieder zu Klassenkampforganisationen des Proletariats werden.“

spaltete, wenn gerade ihre konsequentesten Vertreter ausgeschlossen wurden. Zugleich ging die konsequente Interessenvertretung der Arbeiter einher mit der Propagierung eines konkreten Übergangsprogramms, das absah von abstrakten Losungen und so den Arbeitern in den Betrieben ein über den tagespolitischen Kampf hinausweisendes Ziel wies.

Nach der Niederlage der Arbeiterbewegung im Herbst 1923 begann eine Schwenkung der KPD-Politik. Die neue linke Parteiführung um Fischer, Maslow und Thälmann kündigte die Einheitsfronttaktik auf; vor allem in der Gewerkschaftspolitik aber steuerte die neue Führung einen neuen Kurs. Sie propagierte den Austritt aus den reformistischen Gewerkschaften und forderte zur Gründung selbständiger Verbände auf. Die Ergebnisse dieser Politik waren schnell zu erkennen. Die kommunistischen Oppositionellen wurden, wo sie nicht selbst austraten, fast überall aus den Gewerkschaften herausgedrängt und verloren fast alle Positionen in den Betrieben, ohne daß die Gründung neuer Verbände zu Erfolgen bei der Mitgliederwerbung geschweige denn bei Streikämpfen führte. Die Exekutive griff nach Bekanntwerden dieser Folgen ein und verlangte eine Korrektur der Gewerkschaftspolitik. Aufgrund dieses Eingreifens konnte ab 1925/26 die Gewerkschaftsarbeit der Jahre 1920–1923 fortgesetzt werden. Bereits 1927 waren wieder ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder zur KPD zu zählen.

Mit dem Kurswechsel in der KPdSU kam es auch in der KPD 1928 zu einer Änderung der Politik. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale erreichte, daß in allen kommunistischen Parteien der Kampf gegen die „Rechten“ und gegen die „Versöhler“ zur Hauptaufgabe gemacht wurde. Den Rechten wurde vor allem eine falsche Einschätzung des „Sozialdemokratismus“ und des Reformismus vorgeworfen. Sie sähen nicht, daß die Reformisten direkte Interessenvertreter und Hauptstütze der Bourgeoisie geworden seien und der „Sozialdemokratismus“ sich zum „Sozialfaschismus“ gewandelt habe. Folglich sei auch die Einheitsfrontpolitik falsch und schädlich. Die KPD übernahm sehr schnell diese Vorstellungen, schloß die „Rechten“ aus der Partei aus und entfernte die „Versöhler“ von den führenden Positionen. Die veränderte Einschätzung des Reformismus führte auch zu einer veränderten Gewerkschaftspolitik, zur RGO-Politik. Da die Gewerkschaften „direkte Werkzeuge der kapitalistischen Organisationen“ seien, käme eine Einheitsfront mit ihnen nicht mehr in Frage. Der oberste Gewerkschaftsapparat sei in den Apparat des bürgerlichen Staats hineingewachsen und die Gewerkschaften seien Organe der kapitalistischen Rationalisierung geworden. Auch die deutsche Sozialdemokratie sei, wie Thälmann formulierte, „zum Sozialfaschismus entartet“. Machte Thälmann hier noch einen Unterschied zum Faschismus, so fiel dieser Unterschied in anderen offiziellen Verlautbarungen auch noch weg, wenn es heißt: „Der Faschismus in allen seinen Formen – als mit dem bürgerlichen Staat verwachsenen Sozialfaschismus, als gelegentlich unter radikaler Maske auftretendes Hakenkreuzlertum – ist eines der wichtigsten Mittel des Finanzkapitals zur Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges.“ (2) Bei dieser Definition des Faschismus war es kein Wunder,

2) Zit. nach H. Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Frankfurt a. M. 1969, S. 240

daß die kommunistischen Mitglieder auch die Zusammenarbeit mit den „kleinen Zörrgiebels“, d. h. den sozialdemokratischen Mitgliedern der Gewerkschaften ablehnten. Auch wenn diese Haltung als „ultralinks“ von der Parteiführung kritisiert wurde, hatte die Kritik wenig Erfolg, da die Grundeinschätzung des Reformismus sich (selbst nach der Machtergreifung Hitlers) nur wenig änderte. Die praktizierte RGO-Politik verzichtete zunächst noch auf die Bildung selbständiger Gewerkschaften. Erstes Ziel war das Herausdrängen der reformistischen Führung und das Führen von gewerkschaftlichen Kämpfen ohne und gegen die Gewerkschaften. Bald wurden jedoch für die in den Betrieben arbeitenden Gruppen der RGO eigene Mitgliedskarten ausgegeben, wurden bei Betriebsratswahlen eigene rote Listen aufgestellt, ohne daß (etwa wegen der Verweigerung einer Kandidatur auf der Gewerkschaftsliste durch die Gewerkschaften) dafür ein zwingender Grund vorgelegen hätte, wurden die ersten selbständigen Verbände gebildet. Schließlich wurde auch die Forderung „Hinein in die Gewerkschaften“ aufgegeben, die Unorganisierten sollten sich sofort den selbständigen Verbänden der RGO anschließen: Die Praxis lief auf Spaltung hinaus! Die Parteiführung versuchte zwar immer bestimmte „Überspitzungen“ zu korrigieren, da diese aber letztlich Konsequenz des eigentlichen Konzepts der RGO waren, hatten die Korrekturen meist nur wenig Folgen.

Andererseits gab es eine zahlenmäßig nicht geringe Opposition innerhalb der KPD-Betriebsgruppen, die sich gegen die organisatorische Verselbständigung wehrten und die Politik der Einheitsfront fortsetzen wollte. Das rigorose Eingreifen der Parteiführung zwang sie zur Aufgabe ihrer Opposition. Sie wurde als „Rechte“ aus der Partei ausgeschlossen oder sie löste sich in Resignation ihrer Anhänger als Gruppe auf.

Die roten Listen der RGO dienten den Unternehmern als Kündigungslisten und den Aufruf der RGO zum Beitritt nutzten die Gewerkschaftsspitzen zum Ausschluß aus den Gewerkschaften. „Das Bemerkenswerteste“, schreibt ein kommunistischer Zeitgenosse, „ist dabei jedoch, daß solche Ausschlüsse, selbst wenn sie massenhaft erfolgten, keinerlei Empörung und keinerlei Solidaritätsgefühl bei den beteiligten Arbeitern ausgelöst haben“ (3). Da in der Wirtschaftskrise die ständige Verschlechterung der Lage der Arbeiter und das Versagen der Gewerkschaftsführung beim Versuch, dieser Verschlechterung entgegenzuwirken, offenbar war, hatte die RGO in einigen Betrieben und auch Industriezweigen dennoch gewisse Erfolge. Sie hielten jedoch nie länger als eine Betriebsrats-Periode an und die Enttäuschung über die Erfolglosigkeit der RGO-Praxis war danach um so größer. Es kam zu massenhaften Abwanderungen zu gelben und selbst zu faschistischen Betriebsorganisationen.

Aber trotz temporärer Erfolge kam die RGO nie auch nur annähernd an die Zahl der in den reformistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter heran. Die Mitgliederzahl der RGO war fast identisch mit der Zahl der KPD-Mitglieder: sie betrug 1929: 106 000, 1931: 150 000 und 1932: 250 000—320 000 eingeschriebene RGO-Mitglieder. Die Zahlen zeigen, daß KPD und RGO trotzdem am Ende der

3) Zit. nach A. Enderle u. a., Das rote Gewerkschaftsbuch, Berlin 1932, S. 137

Weimarer Republik einen wichtigen Faktor darstellten und daß gerade darum die verhängnisvolle Fehleinschätzung in der Gewerkschaftsfrage mit zur Schwächung des Widerstands der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus beitrug.

3. Einschätzung und Kritik der RGO-Politik durch die KPD/AO-Gruppe

In der Theorie wird von KPD/AO jede Geringschätzung der Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften zwar zurückgewiesen; andererseits ist die jetzt erhobene Forderung nach dem „Aufbau der RGO“ eben gerade Konsequenz einer solchen Geringschätzung. Dieser Zusammenhang soll im folgenden anhand ihrer Einschätzung der RGO-Politik der KPD in der Weimarer Republik begründet werden.

Der linke Kurs der KPD nach 1923 wird von der KPD/AO als „linksopportunistisch“ scharf kritisiert, da er dazu führte, daß die „Verbindung der KPD zu den Massen erheblich geschmälert“ worden war. Daher galt es zu Recht, wie die KPD/AO schreibt, „die entstandenen selbständigen Gewerkschaften wiederaufzulösen, die sich gebildet hatten, ohne eine größere Anzahl von Arbeitern organisieren zu können“ (4). Obwohl die Zahl der in den selbständigen Verbänden der *späteren* RGO organisierten Arbeiter nicht größer war, geht die KPD/AO darauf nicht ein und sie erörtert auch nicht, wodurch sich die Gewerkschaftspolitik der KPD von 1928 von der nach 1923 eigentlich unterschied. Die intensive Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften nach 1925/26 wird nur kurz erwähnt, die Erfolge werden nicht gewürdigt, dagegen wird die Änderung „des Charakters des Reformismus“ 1927 breit erörtert, die sich auch in den Gewerkschaften offenbare: „in der Theorie die Beschwörung von Einheit von Kapital und Arbeit, in der Praxis immer offener die Politik des organisierten Streikbruchs“ (5). Diese Veränderung des Gewerkschaftsreformismus war für die KPD die Hauptbegründung für die von ihr nach 1928 praktizierte RGO-Politik; die KPD/AO übernimmt diese Begründung mit nur kleinen Nuancierungen.

Die „Schuld“ für die so geringen oder sogar negativen Ergebnisse der RGO-Politik sieht die KPD/AO in der mangelhaften Aufnahme der Parteikritik in den unteren Parteirängen, also bezeichnenderweise in der mangelhaften Kontrolle der Partei durch die Parteiführung, d. h. der „mangelhaften Bolschewisierung der Partei“ (6). Das „grundsätzlich Richtige“ aber war die Einschätzung der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften. Die reformistischen Organisationen dienten den Interessen des Kapitals, die durch hohe Löhne bestochenen Arbeiterari-

4) Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, Bd. 1, Berlin 1972, S. 68

5) A. a. O., S. 70 f.

6) Die heute – 1973 – entstehenden RGO-Gruppen haben daher bisher erst in zweiter Linie – wenn überhaupt – die Interessen der Arbeiter in den Betrieben zu vertreten, vielmehr ist klar, „daß es für uns (die RGO, d. Verf.) keinen von dem Aktionsprogramm der Partei verschiedenen Forderungskatalog für den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition geben kann. Überall dort, wo es kommunistische Fraktionen gibt, propagieren diese die Forderungen unserer Partei und kämpfen für ihre Durchsetzung.“ (Die RGO . . . , a. a. O., S. 88)

stokraten hoben Bonzen in die führenden Positionen, in denen sie die Arbeiterklasse verrieten. Es galt, die Arbeitverräter zu entlarven. Dabei differenziert die KPD/AO zwar die These von der Arbeiteraristokratie (7), Hauptmittel zur Bekämpfung des Reformismus ist jedoch für sie wieder (wie für die KPD) die „Entlarvung“ der Arbeitverräter. So ersetzt die moralische Verurteilung die Analyse der Ursachen des Reformismus.

Die Arbeiter werden aber eben nicht „verführt“, nicht durch die reformistische Ideologie zu reformistischer Praxis veranlaßt (höchstens durch sie in der Praxis bestätigt); die Situation der Arbeiter im gesellschaftlichen System des Kapitalismus produziert beim Arbeiter und in der Arbeiterklasse reformistisches Bewußtsein. Sozialistische Gewerkschaftsarbeit muß hingegen – will sie nicht ein Ideal an die Stelle von Wirklichkeit setzen – an der historisch entwickelten Lage der Arbeiter und an ihren gesellschaftlich entwickelten Bedürfnissen ansetzen, will sie dieses Bewußtsein auflösen (8).

Die moralistische Agitation der KPD in der Weimarer Republik hat das reformistische Bewußtsein des größten Teils der Arbeiterklasse nicht verändert, die RGO-Politik hat den Kampf gegen die Bourgeoisie nicht gestärkt, geschweige denn die Einheit der Arbeiterklasse auf einer höheren Ebene wieder hergestellt. Sie führte vielmehr durch die praktizierte und im Konzept der RGO angelegte Spaltung der Arbeiterklasse zu einer verhängnisvollen Schwächung der Arbeiterbewegung in einer Zeit, in der es den ständig wachsenden Einfluß des Faschismus vereint zu bekämpfen galt. Die Übernahme dieser Vorstellungen zur Gewerkschaftsarbeit durch die KPD/AO ist sicherlich (aufgrund der zahlenmäßigen Bedeutungslosigkeit dieser Gruppe) in ihren Auswirkungen mit denen der RGO-Politik der Weimarer Zeit nicht zu vergleichen. Sie verwirrt aber die tatsächlich in den Gewerkschaften arbeitenden Gruppen und sie erleichtert – das ist das eigentlich Gravierende – der Gewerkschaftsführung die Absicht, die Arbeit dieser Gruppen zu behindern. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß sich diese Gruppe an eine Bewegung anzuhängen versucht (mit dem Ziel, sich diese Bewegung unterzuordnen), in der erste Erfolge einer sich entwickelnden Arbeiterbewegung nach der Niederlage durch den Faschismus sichtbar werden, die durch die Politik solcher sektiererischer Gruppen – wie im folgenden gezeigt werden soll – gefährden.

-
- 7) Die KPD bestand nämlich in der Weimarer Zeit zu einem guten Teil aus gelernten Arbeitern und aus Arbeitern der höherbezahlten Industriezweige (z. B. Metallarbeitern), während die SPD dagegen ihre Massenbasis z. T. bei den Ungelernten und bei den schlecht bezahlten Textil- und Landarbeitern hatte!
- 8) Vgl. Redaktionskollektiv Gewerkschaften, a. a. O., S. 89 ff.

4. Zum gegenwärtigen Stand der Auseinandersetzungen der Arbeiter mit der Politik der Gewerkschaftsführungen

Die sich entwickelnden Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften haben ihre Grundlagen in den veränderten Bedingungen im Kapitalwachstum und der damit veränderten Lage der Arbeiter seit Mitte der 60er Jahre. War mit dem ungehinderten Wachstum des Kapitals bis Mitte der 60er Jahre ein kontinuierlicher Anstieg der Reallöhne verbunden (was als eine materielle Grundlage des zunächst den Arbeitern nach 1945 aufgezwungenen Reformismus in den Gewerkschaften zu begreifen ist), können wir mit dem Eintreten der Krise 1966/67 Veränderungen in der Lage der Arbeiter feststellen, die ihre gesellschaftliche Stellung verschlechterten. Denn die veränderten Bedingungen im Wachstumsprozeß des Kapitals (die hier nicht näher ausgeführt werden können (9)) zwingen die Kapitalisten, mittels Umwälzung der technologischen Basis der Produktion, veränderter Arbeitsorganisation und Intensivierung der Arbeit die Produktivkraft der Arbeit und somit die Mehrwerttrate zu steigern. Andererseits führt der Druck der „industriellen Reservearmee“ (in der Krise) und die staatliche Einkommenspolitik zu einem Druck auf die Lohnrate. Unmittelbare Folgen für die Lage der Arbeiter waren eine allgemeine Verunsicherung ihrer Existenz durch Frei- und Umsetzungen, Dequalifikationsprozesse sowie verschärfte Arbeitsbelastungen sowohl in der Krise als auch im Aufschwung und eine – relative – Verschlechterung ihrer gesellschaftlichen Stellung. Es können demgemäß zwei Ebenen beginnenden Widerstands der Arbeiter festgemacht werden:

- *in den Betrieben* im wesentlichen als Widerstand gegen die Streichung übertariflicher Leistungen (vor allem in der Krise 1967 und dem Konjunkturabschwung 1971/72), gegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, drohenden Verlust des Arbeitsplatzes, Lohnverschiedenheiten, Dequalifikationsprozesse. Als Ausgleich für reale Verschlechterungen in der Arbeitssituation werden dabei in der Regel Lohnerhöhungen gefordert. Kämpfe, welche die Arbeitsbedingungen unmittelbar zum Gegenstand haben, sind noch kaum entwickelt.
- *gesamtgesellschaftlich* entwickelt sich der Widerstand gegen die versuchte staatliche Einkommenspolitik (Konzertierte Aktion) als Forderung, die tariflichen Forderungen nicht an gesamtwirtschaftlichen Orientierungsdaten, sondern an den Lebensbedürfnissen der Arbeiter zu orientieren.

Auf beiden Ebenen des beginnenden Widerstands wird die offizielle Gewerkschaftspolitik selbst zum Problem: Aufgrund der bisherigen gewerkschaftlichen Praxis (wozu u. a. der Ausschluß der Kommunisten und linken Gewerkschafter bis in die Mitte der 50er Jahre zählt) sowie aufgrund des BetrVG und der auf ihm aufbauenden Rechtsprechung ist der Einfluß der Gewerkschaften in den Betrieben weitgehend begrenzt. Die Orientierung der Tarifpolitik an gesamtwirtschaftlichen Daten wird in der offiziellen Gewerkschaftspolitik selbst durchgesetzt.

9) Vgl. Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Zum Zusammenhang von Kapitalakkumulation, Veränderungen in den Formen der Profitproduktion und der Rolle neuerer Entlohnungsmethoden in der BRD, in: Probleme des Klassenkampfes Nr. 4 und 5/1972

Die Abwehrkämpfe der Arbeiter entwickeln sich in der Krise zunächst als spontane Kämpfe gegen die Maßnahmen des Kapitals (bzw. gegen Einzelmaßnahmen der Kapitalisten); dagegen richteten sich die Septemberstreiks 1969 nicht nur gegen das Kapital, sondern stellen auch eine Kritik der Gewerkschaftspolitik dar, insofern der Beitritt zur Konzentrierten Aktion dazu geführt hatte, daß die im Aufschwung verbesserten Kampfbedingungen nicht für die Lohnpolitik genutzt wurden. So wie diese spontanen Streiks von der IG-Metallspitze noch als Resultat von Fehlern der Tarifpolitik interpretiert werden konnten, so wurden sie auf der anderen Seite von den Arbeitern und linken gewerkschaftlichen Kadern noch nicht als Ausdruck langfristiger Widersprüche zwischen Gewerkschaftspolitik und den Bedürfnissen und Forderungen der Arbeiter begriffen, eher als Druck auf die Gewerkschaftsführung, sich ihrer eigentlichen Aufgaben zu besinnen. Daraus ergab sich, daß – im Gegensatz zu den Jahren 1966–1969, wo Kämpfe der Arbeiter und der linken Gewerkschaftskader noch weitgehend neben der Politik der Gewerkschaften als Organisationen herliefen – in der Tarifrunde 1970 die Bewegung an der Basis wieder weitgehend organisatorisch integriert werden konnte. Durch die offizielle Gewerkschaftspolitik wurde diese Bewegung z. T. in der Vorbereitung der Tarifrunde unterstützt und auf ihrer Grundlage konnten relativ hohe Löhne gegenüber dem Kapital durchgesetzt werden. So schien auf dem Höhepunkt der Konjunktur das „gewerkschaftliche Monopol“ auf Konfliktaustragung wieder gesichert.

Mochte nun auch das Kapital mit dieser Reintegration der spontanen Arbeiterbewegung zufrieden sein, so mußte doch ihre Bedingungen, nämlich die Durchsetzung größerer Lohnerhöhungen, eine vorübergehende sein. Die Tarifrunden der IG-Chemie und der IG-Metall im Jahre 1971 sind durch eine bis dahin unbekanntere Vorbereitung der Arbeitgeberverbände der Chemie- und Metallindustrie auf eine harte Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften im Zeichen der sich abschwächenden Konjunktur und der Weltwährungskrise gekennzeichnet. Mit ihren provozierenden Lohnangeboten scheren die Unternehmerverbände selbst aus der konzentrierten Aktion aus. Während Veränderungen im Charakter der Lohnauseinandersetzungen bis dahin auf die Metallindustrie beschränkt waren, breitet sich die Streikbereitschaft jetzt aus. In der Chemieindustrie findet der erste Streik in der Geschichte der BRD statt. Mit dem niedrigen Lohnabschluß setzt sich die Gewerkschaftsführung in Gegensatz zu den Betrieben, welche den Streik getragen hatten, kann sich allerdings mit der mangelnden Unterstützung des Streiks durch die Betriebsräte einiger Großunternehmen herausreden. In der Metallindustrie führt die provozierende Politik von Gesamtmetall (bis hin zur Ablehnung des Schiedsspruchs von Veit) zu einer außerordentlichen Streikbereitschaft der Arbeiter. So wie die IG-Metallführung die provozierende Politik von Gesamtmetall in der Vorbereitung der Tarifrunde nicht entsprechend beantwortet hatte, so war sie jetzt auch nicht bereit, die in der gesamten BRD vorhandene Streikbereitschaft als Kampfmittel in der Tarifrunde einzusetzen. So wurde der Abschluß nach dem Streik in Baden-Württemberg zwar von Teilen der Arbeiter als politischer Erfolg gewertet, rief andererseits jedoch Unzufriedenheit und Protest gegen die mangelnde Ausnutzung der Streikbereitschaft bei der Durchführung der Tarifrunde hervor.

Hatten die Erfahrungen der Krise 1966/67 und des Erfolgs 1970 die Gewerk-

schaftsbewegung insgesamt gestärkt, indem das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer starken Kampforganisation gegen das Kapital sich bei den Arbeitern wieder verstärkt hatte (10), so machen die streikbereiten Arbeiter 1971 erstmals massiv die Erfahrung, daß das Handeln der Gewerkschaftsführung eine wirkliche Schranke ihrer Kampfkraft und -bereitschaft bildet. Diese Erfahrung setzt sich in der Tarifauseinandersetzung 1972/73 fort. Sie bedeutet zunächst eine Enttäuschung, die sich daraus ergibt, daß im Bewußtsein der Arbeiter die gewerkschaftliche Organisation ein Kampfinstrument sei, dem die Aufgabe zukomme, den Streikwillen der Arbeiter ungebrochen in Streikaktion umzusetzen. Das Resultat einer solchen Erfahrung ist gegenwärtig keineswegs die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer revolutionären Organisation, sondern die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Demokratisierung der Gewerkschaften, um die Interessen der Arbeiter in der Politik der Gewerkschaften umsetzen zu können. Denn unter den gegebenen ökonomischen und politischen Bedingungen erscheint weniger das Kapitalverhältnis selbst oder der Widerstand von Kapital und Staatsapparat als eine Schranke, die sich der Durchsetzung von Arbeiterforderungen entgegenstellte, als vielmehr die institutionalisierte Form des Willensbildungsprozesses in den Gewerkschaften. Der Lernprozeß, der hier gemacht werden muß (und in Teilen der Arbeiterschaft gemacht wurde), zielt hier auf die Erkenntnis, daß die Gewerkschaftsorganisation als Kampfinstrument der Arbeiter nur dann wirklich funktioniert, soweit sie von den Arbeitern über die Austragung von Konflikten auch innerhalb derselben auch wirklich zu einem solchen gemacht wird. Sie ist nicht – und vor allem nicht in der Phase stagnierender Klassenkämpfe – als solches fertiges Instrument einfach da! Diese Erkenntnis bedeutet auch die Überwindung einer Schranke im Bewußtsein der Arbeiter selbst, nämlich der Vorstellung, per Delegation der Interessenwahrnehmung an die Gewerkschaftsorganisation oder die Betriebsräte sei ihre gesellschaftliche Stellung zu verteidigen. Ein Bewußtsein, das bei der Enttäuschung über die versagende Gewerkschaftsführung stehenbleibt, wäre nutzlos für die weitere Auseinandersetzung mit der offiziellen Gewerkschaftspolitik und führte selbst zur Ohnmacht gegenüber dem Kapital.

Gerade ein solchermaßen unterentwickeltes Klassenbewußtsein jedoch – das zudem, wie die verstärkten Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften in den letzten Jahren zeigen, von Teilen der Arbeiter und insbesondere der Gewerkschaftskader überwunden ist – versucht die KPD/AO zur großen Klassenerkenntnis hochzujubeln, wenn sie die ‚Entlarvung‘ der ‚verräterischen Gewerkschaftsführung‘ zum wesentlichen Inhalt ihrer Propaganda macht. Statt es aufzulösen, bestätigt sie es und wirkt so, falls sie überhaupt wirkt, notwendigen Lernprozessen geradezu entgegen. Nur wer vollends zurecht die Wahrnehmung seiner Interessen an die Führung delegiert hat, kann verraten werden. Das Angebot der KPD/AO besteht demgemäß auch im Angebot einer neuen besseren Führung nach dem Motto: Weg mit den alten, hin zu den neuen Führern.

In der gegenwärtigen Situation ist zudem wichtig festzuhalten, daß die Verschlechterung der betrieblichen Lage der Lohnarbeiter eine wesentliche Grundlage der veränderten Streikbereitschaft der Arbeiterschaft bildet, in den Tarifausein-

10) Die Mitgliederzahlen steigen seit den Septemberstreiks an!

dersetzungen die Konflikte jedoch noch am offensten zum Austrag kommen. Die Forderungen der Arbeiter bzw. der sich herausbildenden Kader beziehen sich kritisch auf die Tarifpolitik und die Taktik der Konfliktaustragung (Lohnhöhe, Einschränkung der Lohndifferenzen, lineare Lohnerhöhungen, betriebsnahe Tarifpolitik, stärkere Beteiligung der Vertrauensleute an der Tarifpolitik). Die Inhalte richten sich also politisch gegen die Spaltung der Arbeiter und auf die Demokratisierung der Organisation. Gegenüber dieser realen Verschlechterung der Lage in den Betrieben hatten die Forderungen nach Lohnerhöhung auch kompensatorischen Charakter, die in der Boomphase (1970) von den Gewerkschaftsführungen auch aufgenommen wurden und vom Kapital zugestanden werden konnten. Eine solche Legitimationsbasis der Gewerkschaftsführung ist aber über den industriellen Zyklus permanent gefährdet. Denn gerade in den letzten Jahren haben sich die Grenzen gewerkschaftlicher Tarifpolitik verengt. Dem geschlossenen Vorgehen der Kapitalisten, das aus verschlechterten Bedingungen der Profitproduktion resultiert und das sich sowohl in einem Druck auf die Reallohnrate als auch in der Verschärfung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben äußerte, hatte die an der Stabilitätspolitik der SPD-Regierung zudem fixierte Gewerkschaftsführung in ihrer Tarifpolitik nur wenig entgegenzusetzen. So kommt es, daß dem über die Anwendung der Arbeitswissenschaft optimierten Verschleiß der Arbeitskraft im unmittelbaren Produktionsprozeß gesamtgesellschaftlich ein Druck auf den Reallohn entspricht, solange die gewerkschaftliche Tarifpolitik an den („wissenschaftlich“ abgesicherten) gesamtwirtschaftlichen Daten der staatlichen Einkommenspolitik und nicht an den berechtigten Forderungen der Arbeiter nach Erhaltung ihrer Arbeitskraft orientiert ist. Aus diesem Zusammenhang heraus lassen sich daher die allgemeinen *Inhalte* der innergewerkschaftlichen Kritik ableiten: die Forderung nach einer von staatlicher Einkommenspolitik und Interessen des Kapitalwachstums unabhängigen – insofern autonomen – Gewerkschaftsstrategie, die ihre Basis in den Interessen der Arbeiter an der Erhaltung ihrer Arbeitskraft hat. Schon die vergleichsweise unentwickelten Ansätze autonomer Klassenpolitik in den Gewerkschaften (etwa in Gestalt betrieblicher Abwehrkämpfe gegen Arbeitsintensivierung, Lohnkürzungen oder – vermehrt – gegen Entlassungen und Betriebsstillegungen, aber auch in den zentralen Tarifauseinandersetzungen) führten zu schwerwiegenden Konflikten innerhalb der Gewerkschaften, die teils die Gewerkschaftsführung zu Kurskorrekturen zwangen (vgl. dazu die von Vetter in den Gewerkschaftlichen Monatsheften vertretene Position zur Arbeitsintensivierung (11)), teils aber auch zu Maßnahmen politischer Disziplinierung solcher Gewerkschaftskader, die diese Politik durchsetzen wollten. Das probate Mittel einer solchen Disziplinierung ist die Verfemung jeglicher von der offiziellen Gewerkschaftspolitik abweichenden Position als spalterisch und kommunistisch. Dies ist allerdings in einer Phase außenpolitischer Entspannung schwieriger als in den Hochzeiten des Kalten Krieges und eine solche Kommunistenverfolgung zieht noch weni-

- 11) H. O. Vetter, Humanisierung der Arbeitswelt als gewerkschaftliche Aufgabe, in: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 1/1973. Bei all den Illusionen, die Vetter in die Anwendbarkeit wissenschaftlich ausgearbeiteter Modelle humaner Arbeitsorganisation im kapitalistischen System setzt, ist es hier wichtig herauszustellen, daß er die „Reform der Arbeitswelt“ als Machtfrage begreifen muß!

ger, je mehr die sich herausbildenden Kader selbst Ausdruck der sich entwickelnden Unzufriedenheit und des Protests der Arbeiter (aufgrund ihrer betrieblichen Situation) sind. Denn erst im Zusammenhang mit den Veränderungen an der Basis können bewußte kommunistische Arbeiter überhaupt erst wieder eine solche Funktion von Kadern übernehmen, indem sie die vorhandene Bewegung ausdrücken, formulieren, Formen der Auseinandersetzung suchen. Diese Kader sind der Gegenstand der politischen Disziplinierung, wie an der Reaktion etwa Loderers auf die Urabstimmung zur Metalltarifrunde in Nordrhein-Westfalen deutlich wurde. Da man die Arbeiter selbst nicht schelten mag, werden Sündenböcke gesucht, die die Bewegung (gegen die „Einheit der Arbeiterklasse“) „inszeniert“ haben sollen. *In dieser Situation kommt die KPD/AO mit ihrer RGO-Propaganda der Gewerkschaftsführung bei deren Disziplinierungsversuchen gerade recht; sie bietet der Gewerkschaftsführung die Handhabe, gegen die „Verschwörung an der Gewerkschaftsbasis“ vorzugehen (12).* Darüberhinaus wird über eine solche (aufgesetzte) Propaganda aber auch die unbedingt notwendige Kooperation zwischen den sich entwickelnden Arbeiterkadern verschiedener Betriebe (die Voraussetzung eines erfolgreichen Eingreifens gerade in den Tarifrunden ist (11a)) gefährdet, wenn nicht gar unmöglich gemacht, insofern sie als spalterisch denunziert werden kann. Dort, wo Arbeiterkader durch ihre Politik im Betrieb ein Vertrauensverhältnis zur Belegschaft gewonnen haben, wird die Politik des Apparats (und auch die RGO-Phraseologie) wenig ausrichten können (selbst wenn, wie etwa bei Daimler-Benz in Stuttgart, die Kader aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden). Eine objektiv reaktionäre Funktion kann die RGO-Propaganda dann haben, wenn sie die Herausbildung der für die Arbeitskämpfe notwendigen Kommunikationen, Gruppenbildungen usw. innerhalb der Gewerkschaft erschwert oder verhindert.

-
- 11a) So heißt es in einem Bericht der „Arbeiterpolitik“ über den Streik in der Druckindustrie: „Die Gewerkschaftsführung nutzte hier die Tatsache aus, daß die zum Kampf entschlossenen Arbeiter vor der Tarifaueinandersetzung keine regelmäßigen Kontakte untereinander entwickelt hatten und in ihrem Verlauf auch nicht entwickelten.“ (Sonderblatt der Arbeiterpolitik zum 1. 5. 1973, S. 6)
- 12) Dabei kann der Gewerkschaftsapparat auf die Berichterstattung der bürgerlichen Presse verweisen: „Die Revolutionäre (die RGO-Mitglieder) . . . putschen seit 1971 alle wilden und legalen Streiks (!) und haben feste Kader in Großbetrieben wie Daimler-Benz in Stuttgart, Opel in Bochum und Rüsselsheim sowie in Kieler und Hamburger Werften. Einzelkämpfer wurden bei Krupp und Springer, Hoesch und Klöckner ausgemacht . . . ihre Streikstrategie bei Hoesch und Klöckner . . . konnten die RGO-Funktionäre lange geheim betreiben (!) . . . Erst nach den wilden Streiks gegen den 8,5 % Lohnabschluß in der Metallindustrie und nach dem Druckerstreik erkannte der DGB das Ausmaß der RGO-Arbeit an der Gewerkschaftsbasis . . .“ (Wirtschaftswoche vom 11. 5. 1973). Die RGO liefert so der bürgerlichen Öffentlichkeit endlich die bisher vermißte Erklärung für die sich entwickelnde Arbeiterbewegung: in der Verschwörertheorie. Daß einige RGO(bzw. KPD/AO)-Mitglieder unter Hinweis auf die Wirtschaftswoche damit auch noch unter der studentischen Öffentlichkeit hausieren gehen, beweist die bornierten Formen, in denen sich diese Organisation die Arbeiterbewegung nur vorstellen kann!

5. Die Praxis der RGO: Schwächung der Kampfkraft der Arbeiter

Wir haben bisher zu zeigen versucht, wie sich die oppositionelle Bewegung in der Arbeiterklasse und daher auch in den Gewerkschaften vor allem seit 1967 entwickelt hat und daß die RGO nur ein willkürliches und in falscher Weise sich auf die Geschichte der Arbeiterbewegung berufendes Anknüpfen an schon bestehende und sich entwickelnde Bewegungen darstellt. Dabei konnten die Funktionen der RGO bisher immer nur angedeutet werden; im folgenden wollen wir dagegen anhand der RGO-Konzeption der KPD/AO-Gruppe diese genauer in ihren Folgen für die sich entwickelnde Arbeiterbewegung darstellen. Zwei Momente fallen bei näherer Analyse dieser Konzeption auf:

- (1.) die schon dargestellte mangelnde Fähigkeit, aus der Analyse der materiell-ökonomischen Bewegung und der Bewegung der Klassen ihre politische Taktik zu entwickeln und auf die konkreten Kräfteverhältnisse zu beziehen; stattdessen nimmt diese Gruppe Zuflucht zu historischen Analogien, die sie der Wirklichkeit überstülpt.
- (2.) Der Versuch, über die Spaltung anderer linker Gruppen die eigene Gruppe zu stärken.

Auf diesen letzten Aspekt soll jetzt näher eingegangen werden. Die KPD/AO begreift die RGO als ein Vehikel ihres selbsterklärten Konkurrenzkampfes mit den „sozialdemokratischen Verrätern“ um die „heute noch“ christlich, sozialdemokratisch usw. getäuschten Arbeiter. Bei diesem Verständnis von Konstitutionsbedingungen revolutionären Bewußtseins geht allerdings der allein entscheidende Aspekt verloren: wie nämlich aus den materiellen Bedingungen des kapitalistischen Produktionsprozesses heraus die Einsicht in die Notwendigkeit der Revolutionierung der kapitalistischen Produktionsweise entsteht, in welchen Widersprüchen dieser Prozeß sich notwendig entfaltet, vermittelt über welche ökonomischen, sozialen und politischen Konflikte und in welchen organisatorischen Formen. Für die KPD/AO wird dieser widerspruchsvolle Prozeß auf den Machtkampf von Organisationen reduziert. (Bezeichnenderweise orientiert sich ihre „Etappisierung“ des RGO-Aufbaus nicht an der materiellen-ökonomischen und politischen Entwicklung, sondern an den Aktionen und Reaktionen der DGB-Spitze.) Notwendige Konsequenz dieser Politik muß daher die Spaltung vorhandener Organisationen sein. Problematisch wird eine solche Spaltungsstrategie dann, wenn sie – und dies ist absehbar – auch bei wichtigen ökonomischen Kämpfen und politischen Aktionen der Arbeiter zu einer Schwächung der Kampfkraft führen. Fälle dafür, daß aus Gründen der Parteiräson Kollegen in betrieblichen und gewerkschaftlichen Konflikten verheizt worden sind, lassen sich mittlerweile in stattlicher Anzahl angeben (13).

-
- 13) So berichtet ein Betriebsrat von AEG-Telefunken auf dem Kongreß gegen politische Unterdrückung“ (April 1972 in der FU-Berlin): „Allgemein kann ich jedenfalls festhalten, daß die KPD/AO . . . regelmäßig, wenn Warnstreiks geplant waren, das am Tag vorher in Flugblättern mit Angabe der Abteilung und der Uhrzeit bekanntgegeben hat, so daß der Streik verhindert wurde . . . Darf ich jetzt noch eben auf die Jugendgruppe eingehen: Nachdem also von den 22 Mitgliedern der Jugendgruppe 12 der Meinung wa-

Dadurch, daß die KPD/AO-Gruppe mit ihrer RGO einen politischen Anspruch, nämlich die Führung in allen Kämpfen der Arbeiter innezuhaben, permanent einlösen müssen, ohne jemals wirklich anleitend und führend in betrieblichen und außerbetrieblichen Konflikten auftreten zu können, ergibt sich eine typische Zwangssituation: Die „Partei“ beansprucht in Kämpfen nach außen als die entscheidende politische Kraft zu erscheinen – was sich objektiv als Abwiegelei auswirkt (14)! Da sie in den konkreten Kämpfen selbst nicht verankert ist, bezieht sie sich als Gruppe außerhalb der Arbeiterbewegung mit einem erstaunlichen Aufwand von Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren auf die Sphäre der bürgerlichen Öffentlichkeit, in der sie gezwungen ist, permanent ihre Unterscheidbarkeit von anderen Organisationen herauszustellen (ihre reine Linie des „Marxismus-Leninismus“, ihre besonderen Forderungen usw.)! Die Ebene der Auseinandersetzung in der Partei und mit anderen Organisationen ist denn auch spezifisch bürgerlich: Statt aus den realen Kämpfen zu lernen, oder doch zumindest Lernprozesse einzuleiten, werden Erfolge der „richtigen Linie der Partei“ zugeschrieben, Mißerfolge „Verrätern“ angelastet; die Erfahrungen in Auseinandersetzungen werden nicht mehr als gemeinsame gemacht und reflektiert, sondern mit voluntaristischen Ansprüchen und vorausgesetzten Dogmen konfrontiert.

Die spezifisch bürgerliche Politik dieser Gruppe kann auch an ihrer Gewerkschaftsarbeit verdeutlicht werden. Während die vorhandenen sozialistischen Gruppen in den Gewerkschaften aus den konkreten betrieblichen Konflikten heraus in Gegensatz zur gewerkschaftlichen Politik zunächst auf Betriebsebene, dann zum Apparat gerieten, leitet die KPD/AO-Gruppe ihre RGO aus der (mißverständenen) Theorie und falschen Analogisierung ihrer Partei mit der KPD der Weimarer Republik ab. Die Opposition muß daher notwendig ebenso abstrakt bleiben wie ihr Begründungszusammenhang. Diese Abstraktheit drückt sich konkret darin aus, daß die Opposition sich gegen die Gewerkschaften insgesamt richtet, das Personal des Apparats generell als „Arbeiterverräter“ oder „Bonzen“ diffamiert wird, eine Differenzierung lediglich dort angebracht ist, wo Positionen für die RGO selbst mög-

ren, massiv die IG-Metallspitze anzugreifen, war zu erwarten, daß . . . von der IG-Metall dieser Jugendgruppe das Recht abgesprochen wurde als Jugendgruppe zu funktionieren. Wir haben uns darum bemüht, . . . dieses Flugblatt soweit abzuschwächen, daß die IG-Metall keine Handhabe gegen die Kollegen hatte . . . Die Konsequenz war, daß das Flugblatt trotzdem verteilt wurde und 10 Kollegen, die als Auszubildende in den AEG-Betrieben beschäftigt sind, aus der IG-Metall rausgeflogen sind und wahrscheinlich auch aus den AEG-Betrieben rausfliegen werden . . . Die Konsequenz ist bei Siemens genauso gewesen: Da sind 5 Jugendliche oder 5 Auszubildende, auf Initiative der KPD/AO, die ihnen überhaupt keinen Schutz gewähren konnte, rausgeflogen, und von uns erwartet man, daß man mit denen Solidarität übt. – Die KPD/AO und der KSV sollten sich jedenfalls darin üben, die Gesetze ein bißchen zu lesen, damit die Leute, die sie an die Front schicken, – ohne sich selbst hervorzuwagen –, damit die ein bißchen geschützt sind . . .“ (Kongreß gegen die politische Unterdrückung, Referate und Diskussionen (Merve) Berlin 1972, S. 168; die vielen Auslassungen stehen an Stelle von Zwischenrufen)

- 14) So die KPD/AO in der Westberliner Drucker-Tarifrunde 1973, in der sie anstelle der allgemein erhobenen Forderung von 50 DM nur die Forderung von 40 DM propagierte (wahrscheinlich um sich damit zu profilieren!).

licherweise erobert werden können: „Jeder Geringschätzung der Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften (gilt es) entschieden entgegenzutreten“ (15), um nämlich untere wählbare Gewerkschaftsfunktionen besetzen zu können!

Wenn die „Partei“ in dieser Weise auf Konfrontationskurs mit der Gewerkschaftsführung geht, dann wäre allerdings die erste Voraussetzung dafür, starke Auffangpositionen für die ausgeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder aufzubauen. Das formelle Verständnis von Organisation suggeriert nun, als ob die bloße Erklärung oder organisatorische Fixierung von gewerkschaftsoppositionellen Gruppen „unter der Führung der KPD“ solche Auffangpositionen abgeben könnten – was nicht der Fall ist! Es bleibt unberücksichtigt, daß Konflikte mit dem Gewerkschaftsapparat nur dann ausgetragen werden können, wenn darin die Auseinandersetzungen der Arbeiter mit dem Kapital in den Betrieben formuliert werden und daher diese Konflikte von der Basis getragen werden. Gerade weil aber die RGO nicht Ausdruck dieser Kämpfe ist (sondern bestenfalls aus diesen Kämpfen herausgefallene Arbeiter „auffängt“), hat es der Gewerkschaftsapparat lediglich mit einem im Aufbau begriffenen Apparat zu tun; kann entsprechend als *Apparat* gegen einen *Apparat* reagieren (Unvereinbarkeitsbeschluß, Disziplinierung etc.). Für die KPD/AO-Gruppe ist allerdings eine solche Reaktion des Gewerkschaftsapparats kein Problem, sondern einkalkuliert: Denn in dieser Reaktion „entlarven“ sich mal wieder die „Gewerkschaftsbonzen“ vor den Massen der „sozialdemokratisch enttäuschten“ Arbeiter, vor deren Augen die Richtigkeit der KPD/AO-Einschätzung bestätigt wird. Für diejenigen Gruppen allerdings, die als wirkliche (und nicht als vorgestellte) Arbeiteravantgarden in den Betrieben den Kampf der Arbeiter gegen das Kapital unterstützen, stellt sich die Frage des Schutzes gegen solche Einschüchterungsversuche des Apparats. Diese Frage wird wahrscheinlich nicht nur ohne die KPD/AO-Gruppe und ihre RGO-Taktik, sondern unter Umständen – insofern diese dem Apparat erst die Handhabe für solche Versuche gibt – auch gegen sie beantwortet werden.

15) Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, a. a. O., S. 84